



**Martin Häusling**, Mitglied des Europa-Parlaments und Landwirt, Fraktion „DIE GRÜNEN“,  
Bad Zwesten (Hessen)

# Europa muss sich entscheiden!

Europas Rolle auf dem Weltagrarmarkt – Die politische Dimension des internationalen Agrarhandels

## Europa produziert für die Welt ...

Im Jahr 2009 wurde die Milliardengrenze der Hungernden überschritten. Das UN-Millenniumsziel war es, die Zahl der Hungernden zu halbieren. Dieses Ziel müssen wir uns nach wie vor setzen. Aus der Sicht vieler ist daher eine Produktionssteigerung unumgänglich. Die FAO gab hier sogar

## Europa muss sich entscheiden!

die Zahl von 70 % heraus, die sie inzwischen widerrufen hat, weil auch sie erkannt hat, dass wir kein Problem mit dem WIEVIEL haben, sondern mit dem WIE? Dennoch hält sich die These hartnäckig, Europa mit seinen Gunsträumen könne hier einen wesentlichen Beitrag für die Welternährung leisten. Europas hoch entwickelte Landwirtschaft produziert mehr als Europa braucht. Europa produziert für die Welt – siebzehn Prozent des weltweiten Agrarhandels. Die Agrarwirtschaft in Europa profitiert und für das Einhalten der hohen europäischen Standards erhalten die Landwirte einen Ausgleich, den sich das reiche Europa leisten kann – Eine Win-Win-Situation für Alle!?

### **...aber nicht aus eigener Kraft!**

Europa produziert für den Export, vor allem Milch und Fleisch. Mit über 20 Millionen Tonnen Schweinefleisch pro Jahr hat die EU-27 einen Selbstversorgungsgrad von 108 %, bei Milch sind es 110 % und bei Geflügel waren es 2010 rund 104 %. Aber Europa importiert auch Landwirtschaftsgüter in Höhe von jährlich 78 Mrd. Euro (etwa 20 % der weltweiten Agrareinfuhren). Die EU führt heute beispielsweise aus den Mercosur-Staaten Agrarerzeugnisse im Wert von 19 Mrd. Euro ein und lediglich Waren im Wert von unter 1 Mrd. Euro in diese Region aus. Ein großer Teil der Importe sind Futtermittel. Nur noch ein Bruchteil des Eiweißfutters für die Tierproduktion wächst heute in der EU. Über 40 Mio. Tonnen werden jährlich importiert. Das sind fast 80 % des Eiweißbedarfs der EU. Außerhalb Europas werden so auf 20 Millionen ha Eiweißpflanzen für die europäische Tierproduktion angebaut. Europas Produktivität ergibt sich also derzeit mitnichten aus der naturräumlichen Gunstlage und landwirtschaftlichen Schlagkraft Europas selbst. Im Gegenteil, Europa produziert hier hochgradig ineffizient: Die Produktionsmethoden für diese „Veredelung“ sind nicht nur unter Tierschutzgesichtspunkten äußerst fraglich, sie sind auch rohstoff- und energieintensiv, was einen hohen Ausstoß an Treibhausgasen mit sich bringt. 18 % der weltweiten Treibhausgasemissionen in CO<sub>2</sub>-Äquivalenten gehen auf das Konto der intensiven Fleischproduktion. Weltweit verursacht diese etwa 8 % des menschlichen Wasserverbrauchs. Diese Produktionsweise bedroht Europas Wasser- und Bodenqualität aufgrund der Entkopplung der Fläche von der Düngung und sie ist im Hinblick auf die Welternährungsfrage in keiner Weise problemlösend. Energetisch gesehen verbraucht eine in intensiver Mast produzierte Kalorie Rindfleisch zehn Kalorien Getreide; bei Schweinefleisch ist das Verhältnis 1:3. Nach den Berechnungen der Umweltorganisation der Vereinten Nationen könnten



*Nur noch ein Bruchteil des Eiweißfutters für die Tierproduktion wächst heute in der EU, fast 80% des Eiweißbedarfs der EU wird importiert.*

die Kalorien, die bei der Umwandlung von pflanzlichen in tierische Lebensmittel verloren gehen, theoretisch 3,5 Milliarden Menschen ernähren. Aber nicht nur aufgrund mangelnder Effizienz lässt sich Europas Produktionsweise hinterfragen, auch handelstechnisch kommt sie den Ärmsten der Welt wenig zu gute.

### **Welthandel – wer profitiert?**

Die Landwirte in Europa erhalten Direktzahlungen, die die hohen europäischen Produktionsauflagen ausgleichen sollen. Hierdurch werden die Preise von Agrarrohstoffen niedrig gehalten, damit Europas Lebensmittelwirtschaft weltmarktfähig ist. Das ist sie auch – und zwar sehr erfolgreich. 917 Mrd. Euro betrug 2010 der Umsatz der Lebensmit-

*„Zwar produziert Europas Landwirtschaft für die Welt – siebzehn Prozent des weltweiten Agrarhandels –, zugleich lässt sich die Effizienz ihrer Produktionsweise hinterfragen, auch handels-technisch kommt sie den Ärmsten der Welt wenig zu gute.“*

**„ Vom aktuellen exportorientierten, industriellen System profitieren Lebensmittelindustrie und internationaler Handel, aber selten Produzenten, Verbraucher und Umwelt, weder in Entwicklungsländern noch in Europa. “**

telindustrie für die EU 27. Jedoch: Nur wenige europäische multinationale Unternehmen können am Weltmarkt mithalten, während 99 % aller Unternehmen im Lebensmittelsektor zu den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU<sup>1</sup>) zählen. Die KMU profitieren allerdings kaum von diesem System – genauso wenig wie bäuerliche Land-

wirtschaftsbetriebe in Europa und erst recht nicht in Entwicklungsländern. Dort werden Kleinbauern und KMU durch billige Produkte aus Europa vom Markt verdrängt. Oft brechen ganze Märkte zusammen, wie im Fall der Geflügelproduktion Westafrikas, die durch importierte europäische Geflügel-Billigteile lahm gelegt wurde. Dortige Produzenten können das Fleisch niemals für die 60 Cent/Kilo produzieren, die die billigen Teile als Import kosten, da schon allein das Küken 40 bis 50 Cent kostet. Das restliche Huhn konnte vorher in Europa durch indirekte Subventionen in Produktion und Verarbeitung sowie hohe Preise für die Hähnchenbrust auf dem EU-Binnenmarkt mit Gewinn verkauft werden.

Ein weiteres Beispiel: Durch die 2009 wieder aufgenommenen Exportsubventionen für Milchpulver wurde die Entwicklung der Milchproduktion in Westafrika und Bangladesch untergraben. Die Liste ließe sich fortführen.

Der Zugang zu europäischen Märkten im Rahmen des vorangetriebenen Freihandels löst das Problem für die Entwicklungsländer nicht, denn die Produktion für den Export nach Europa ist für viele klein strukturierte Erzeuger des Südens aufgrund der hohen Lebensmittelsicherheits- und Dokumentationsstandards kaum möglich. Eine entsprechende Unterstützung der Erzeuger können sich diese Staaten nicht leisten.

Der Weltagrарbericht von Weltbank und UNO hat es 2008 schon dokumentiert:

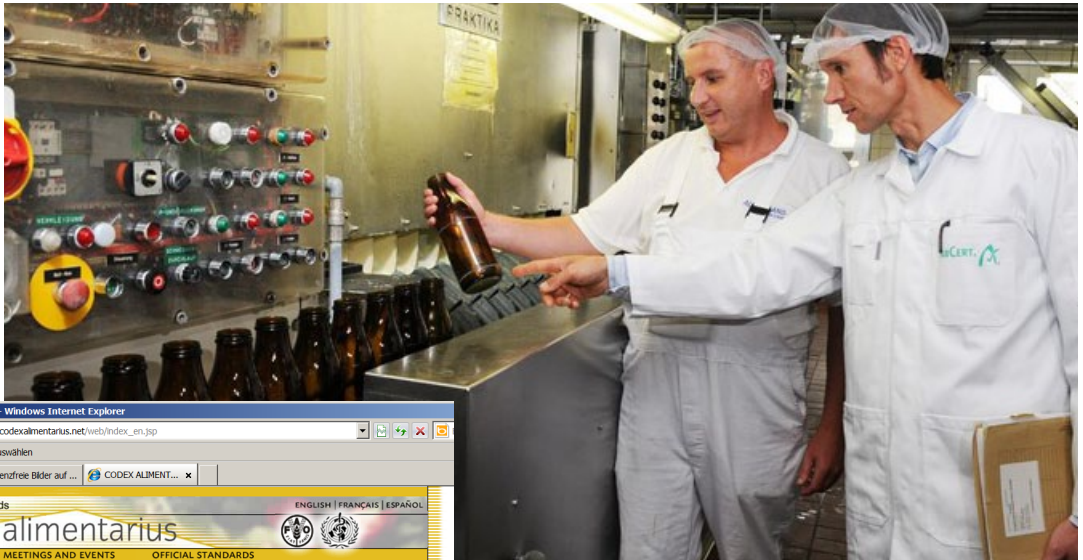
Durch dieses exportorientierte, industrielle System profitieren Lebensmittelindustrie und Handel, aber selten Produzenten, Verbraucher und Umwelt. Der Weltagrарbericht hat klar ermittelt, dass Kleinbauern und KMU das Rückrat der Ernährungssicherung sind. Sie profitieren jedoch weder in Entwicklungsländern noch in Europa vom aktuellen System, im Gegenteil. Den Beweis, dass dieses System den Hunger nicht verringern kann, hat es schon erbracht.

---

<sup>1</sup> KMU = kleine und mittlere Unternehmen (nach EU-Definition)

## Die hohen Standards der EU schaffen bisher keine Nachhaltigkeit

Was Europas Produktion so teuer macht, sind nicht in erster Linie die hohen Umwelt- und Tierschutzauflagen für die Produktion. Ein Vergleich, erstellt von einer unabhängigen Gruppe von Wissenschaftlern (Jongeneel et al. 2007), zwischen der EU, Kanada, den USA und Neuseeland zeigt, dass die Kosten für die Standarderfüllung in der landwirtschaftlichen Produktion in Europa nicht höher sind als in den anderen drei Ländern. Was unsere Produktion so aufwändig macht, sind die hohen Standards für eine einheitliche, gesundheitlich sichere, industriellen Ansprüchen genügende Verarbeitung von Lebensmitteln (z. B. Codex Alimentarius, EU-VO Lebensmittelsicherheit, EU-Hygienerichtlinie). Es sind demnach die Kosten einer hoch entwickelten Lebensmittelindustrie. Das gilt für alle hochentwickelten Industriestaaten. Dafür müssen die Rohstoffe möglichst einheitlich und von hoher Qualität sein, die Preise aber möglichst gering gehalten werden. Genau damit aber haben kleine und mittlere Erzeuger sowohl in Europa als auch in weniger entwickelten Ländern ein Problem.



*Hohe Standards garantieren eine einheitliche, gesundheitlich sichere und den industriellen Ansprüchen genügende Verarbeitung von Lebensmitteln in Industrieländern. Diese Kosten machen die Verarbeitung in Europa teurer als in anderen Ländern.*

## Europa muss sich entscheiden!

---

Gegen anspruchsvolle Standards ist zunächst nichts einzuwenden, sollte man meinen. Jedoch muss hier genauer hingesehen werden: Welche Qualität wird erreicht? Welche Produktion wird gefördert? Wer profitiert?

“Gegen anspruchsvolle Standards ist zunächst nichts einzuwenden, sollte man meinen. Jedoch muss hier genauer hingesehen werden: Welche Qualität wird erreicht? Welche Produktion wird gefördert? Wer profitiert?”

Eine hohe Standardsetzung, mit dem Ziel stark verarbeitete Lebensmittel mit einem hohen Sicherheitsstandard industriell einheitlich und möglichst preiswert zu erzeugen, könnte noch mit hohen Standards für Umwelt- und Tierschutz verbunden werden, was bisher nicht ausreichend der Fall ist. Die Qualität der Lebensmittel wird durch eine vereinheitlichte, industrielle Produktion auch nicht grundsätzlich

besser. Was diese aber vor allem nicht kann, ist, kleine und mittlere Erzeuger und Unternehmen und lokale Märkte zu fördern. Im Gegenteil, diese werden durch überzogene Standards, die zu ihrer Produktion nicht passen, unter Druck gesetzt und vom Markt gedrängt oder zum Wachstum gezwungen.

Die unterschiedlichen Produktionsebenen, Standards und Kosten sind nicht der Unterschied zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Sie sind der Unterschied zwischen industrialisierter, kapitalkräftiger Produktion und Verarbeitung mit globalen Handelsströmen und der eher kleinbäuerlichen Produktion und handwerklichen Verarbeitung mit lokalen Handelsströmen. Natürlich KANN beides existieren. Aber die letztere Art zu produzieren und zu handeln ist bei den heutigen Rahmenbedingungen stark im Nachteil, während Lebensmittelindustrie und internationaler Handel profitieren. Europa kann seine Produkte trotz hoher Standards auf den Weltmarkt bringen, da die Lebensmittelwirtschaft über die Landwirtschaft quersubventioniert wird. Damit können Produzenten in Entwicklungsländern – wie gesagt – nicht konkurrieren. Aber auch die Erzeuger in Europa profitieren nicht wirklich davon – trotz Direktzahlungen.

Der Bericht des europäischen Parlaments zum Thema „Gerechte Einnahmen für Landwirte: Die Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette in Europa verbessern“ (2009/2237(INI)) hält fest:

- Der Anteil des Agrarsektors an der Wertschöpfung in der Lebensmittelversorgungskette ist von 31 % im Jahr 1995 auf 24 % im Jahr 2005 in der EU-25 gefallen.

- Das Durchschnittseinkommen der Landwirte ist allein 2009 in der EU-27 um mehr als 12 % gesunken.

Von den Verbraucherausgaben für Fleischprodukte gingen in den 50er Jahren von einem Euro noch 66,8 Cent an den Landwirt. Heute erhält er mit 20,4 Cent nicht einmal mehr ein Viertel des Verkaufserlöses. Am 5. August 2011 meldete „Agra-Europe“: EU-Schweinefleisch-Export auf Rekordniveau! 30 % mehr als im Vorjahr! Im Jahr 2008 verzeichnete die deutsche Agrarindustrie schon einmal einen Exportrekord bei Schweinefleisch. Gleichzeitig gab jeder sechste Schweinehalter in Deutschland auf, weil die Erzeugerpreise im Keller waren.

Europas Aufgabe sollte nicht darin bestehen, den Rest der Welt mit Einheitsprodukten von hohem technischem Niveau und billigem Preis zu überschwemmen. Wir können unsere Erzeuger noch für die viel zu billigen Agrarpreise entschädigen, obwohl dies offensichtlich nicht einmal in Europa für ein vernünftiges Einkommen der Erzeuger ausreicht und teuer ist. Entwicklungsländer können das gar nicht. Sie sind der Marktmacht und Marktpräsenz der europäischen Billigprodukte ausgeliefert. Viele haben daher die Möglichkeit von Schutzzöllen geprüft, aber diese sind nur in wenigen Ausnahmefällen möglich, z. B. auf Weizenmehl im Falle der AKP-Länder. Die EU-Weizenmehlexporteure drängen bei der EU-Kommission aber seit Jahren darauf, genau diese Schutzzölle wieder wegzuverhandeln. Die Quersubventionierung der EU-Exporte als handelsverzerrend anzuprangern ist nach WTO-Regeln ebenfalls nicht möglich, da Direktzahlungen an die Landwirtschaft nicht unter die „Dumping-Regel“ fallen, solange sie, der „Blue Box“ entsprechend, mit sogenannten „produktionsbeschränkenden Programmen“ gekoppelt sind. Die Beweislast, dass sie dennoch einen Dumpingeffekt haben, liegt bei den Importländern, für die ein solches Verfahren zu aufwändig ist.

**“ Europas Aufgabe sollte nicht darin bestehen, den Rest der Welt mit Einheitsprodukten von hohem technischem Niveau und billigem Preis zu überschwemmen. “**

## **Ernährungssouveränität – für Entwicklungsländer und Europa**

Das „Recht auf Nahrung“, zutreffender Recht auf angemessene Ernährung genannt, ist als Menschenrecht völkerrechtlich verankert in Artikel 11 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt). Es ist außerdem enthalten in Artikel 25 der Allgemeinen

## Europa muss sich entscheiden!



Erklärung der Menschenrechte. Im Jahr 2000 forderte der Welternährungsgipfel die Staaten auf, freiwillige Leitlinien für das „Recht auf Nahrung“ und dessen Umsetzung zu entwickeln. Die „Internationalen Leitlinien zum Menschenrecht auf Nahrung“ wurden 2004 von allen FAO-Mitgliedern (187 Staaten) einstimmig angenommen. Nach den Leitlinien beinhaltet das Recht auf Nahrung *die selbstbestimmte Wahl des Ernährungssystems sowie den gleichberechtigten Zugang zu gesunder Ernährung, unabhängig von Einkommen und Herkunft*. Das Recht auf Nahrung umfasst aber auch das *Recht der Menschen und Regierungen, Maßnahmen gegen ökologische, wirtschaftliche oder soziale Formen des Dumpings zu ergreifen und ihre eigenen nachhaltigen Ernährungssysteme zu entwickeln*. Dies gilt für Entwicklungsländer und Europa gleichermaßen.

Der Direktor der OECD, Ken Ash, sagte kürzlich in einem Interview mit „Agra-Europe“ bezüglich der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP), zur Sicherung der Welternährung sei nicht einfach das Angebot an Nahrungsmitteln zu erhöhen, sondern wichtig sei vor allem, die Entwicklung der Landwirtschaft und Einkommensmöglichkeiten in Entwicklungsländern zu stützen.



### **Europas Verantwortung: Neuordnung der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)**

Das Recht auf den Zugang zu Nahrungsmitteln ist ein universelles Menschenrecht. Gerade die EU als weltweit größte Akteurin im Agrarhandel trägt dabei eine besondere Verantwortung. Die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) stellt für die Union eine entscheidende Gelegenheit dar, ihre Bereitschaft zu demonstrieren, den Entwicklungsländern den eigenen Weg zur Ernährungssicherheit zu erleichtern. Dies erfordert einen Prozess des Umdenkens. Die steigende globale Nachfrage nach Lebensmitteln darf nicht weiterhin als Legitimation für die Subventionierung europäischer Exporte dienen. Im Vertrag von Lissabon – Artikel 208 Policy Coherence for Development (PCD) – verpflichtet sich die EU zur Bekämpfung von Armut in Entwicklungsländern. Gemäß Artikel 208 müssen politische Ziele, Inhalte und Programme auf EU-Ebene zur Unterstützung der Bedürfnisse von Entwicklungsländern beitragen oder dürfen zumindest nicht dem Ziel der Armutsbekämpfung widersprechen. Das Europäische Parlament hat diese Zielsetzung mit einer Entschließung vom 27. September 2011, zu einem Rahmen für die Politik der Europäischen Union zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Verbesserung der Ernährungssicherheit (2010/2100(INI)) nochmals bekräftigt. Darin wird auf EU-Ebene eine bessere Kohärenz und Abstimmung zwischen den einzelnen Politikfeldern (Entwicklungspolitik, GAP, gemeinsame Handelspolitik, Energiepolitik und Forschungsprogramme) gefordert.

Gerade die EU-Richtlinien für Erneuerbare Energien, aber auch die EU-Rohstoff-Initiative stellen vor diesem Hintergrund besondere Herausforderungen dar. Ein Mindestanteil von 10 % an erneuerbaren Energien im Verkehrssektor ist derzeit vorgesehen. Diese Richtlinie führt zwangsläufig zur Ausweitung von Anbauflächen für Agrotreibstoffe in Entwicklungsländern, da die in Europa zur Verfügung stehenden Anbauflächen nicht ausreichen, um die benötigte Menge an Agrotreibstoffen aus eigener Produktion zu decken. Neben der Eiweißlücke zeigt sich hier eine weitere Lücke, die Energielücke. Mit einer Ausweitung der „Fremdflächennutzung“ kann Europa der Verantwortung für die Welternährung jedoch nicht gerecht werden.

Europas Verantwortung liegt zuallererst in einer nachhaltigen, möglichst effizienten und fairen Nutzung seiner eigenen Ressourcen. Der naturräumlichen und menschlichen. Dafür müssen diese Ressourcen erhalten werden. Die Neuausrichtung der GAP bietet die Möglichkeit, einen flächendeckenden Ressourcenschutz zu erreichen. Dazu bedarf es ambitionierter Standards in der Produktion, die nicht nur ein grünes Mäntelchen sein dürfen,

**“ Die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) stellt für die Union eine entscheidende Gelegenheit dar, ihre Bereitschaft zu demonstrieren, den Entwicklungsländern den eigenen Weg zur Ernährungssicherheit zu erleichtern. Dies erfordert einen Prozess des Umdenkens. “**

sondern Ressourcenschutz auch wirklich sicherstellen – also Geld für ein echtes „Greening“. Man muss der Gesellschaft Antworten geben, warum sie Steuergelder in Höhe von knapp 60 Mio. Euro pro Jahr in die Landwirtschaft pumpen soll. Die Erklärungsnot rührt nicht allein daher, dass es in Europa andere schöne Gemeinschaftsprojekte gibt, die auch was vom Kuchen abhaben wollen. In die Erklärungsnot gegenüber der Gesellschaft hat man sich mit den Konzepten früherer

GAP-Ausrichtungen selbst manövriert. Die bisherige Landwirtschaftspolitik hat Jahrzehnte lang auf Großstrukturen und Exportüberschüsse gesetzt und produziert dabei Nitrat belastetes Trinkwasser, einen dramatischen Rückgang der biologischen Vielfalt sowie Bodenerosion und –verdichtung. Sie fördert fragwürdige Tierhaltungspraktiken und ist für einen großen Anteil an THG-Emissionen verantwortlich (dies wird durch viele Studien von Experten belegt – unter anderem mahnt der Sachverständigenrat für Umwelt in Deutschland regelmäßig in seinen Berichten). Hier muss radikal mit Hilfe der Erkenntnisse und Empfehlungen des Weltagrarberichtes umgesteuert werden. Des Weiteren braucht Europa eine Eiweißstrategie für den Anbau heimischer Eiweißpflanzen, um Europas Eiweißlücke zu schließen. Und: Europas Energiehunger darf nicht zu einem „Landgrabbing for Energy“ führen. Der Fokus muss klar auf der Förderung einheimischer Produktion und lokaler Märkte liegen.

### **Lokale Märkte und „Empowerment“ der Erzeuger in Nord und Süd**

Für eine faire Gleichstellung von KMU und lokaler Produktion im weltweiten Wettbewerb müssen angepasste Standards entwickelt und gesetzt werden, auf EU-Ebene und international. Nachhaltige Produktion und Ernährungswirtschaft, deren Gewinne nicht an den Erzeugern vorbei gehen sollen, kommen ohne kleine und mittlere Strukturen nicht aus. Diese müssen gestärkt werden. Eine hohe Prozessqualität im Umwelt-, Tierschutz- und Verbraucherschutzbereich mit hoher Wertschöpfung funktioniert deutlich besser lokal und regional. In den Entwicklungsländern sind in diesem Zusammenhang vor allem der Zugang zu Land und die Absicherung von Landrechten, vor allem für Frauen wichtig. Ganz akut müssen Rechte



*Kleine und mittlere Strukturen müssen gestärkt werden.*

gegenüber großen Fremdinvestoren, die gar nicht an einer lokalen Entwicklung interessiert sind, durchsetzbar werden (Stichwort: „Landgrabbing“). Die Gewährung von Mikrokrediten ist ein weiterer wichtiger Punkt. Auch die Infrastruktur für lokale Märkte muss hier oft erst geschaffen werden.

Bei Aufbau und Stärkung lokaler Märkte haben viele europäische Länder ebenfalls ein Defizit. Die einen, weil die Strukturen ebenfalls unterentwickelt sind, die anderen, weil die lokalen Strukturen aufgrund eines gewollten Strukturwandels verschwunden sind. Dort wie hier müssen regionale Strukturen entwickelt und gefördert werden. Es müssen der Marktmacht der Händler und Verarbeiter angemessene Erzeugerzusammenschlüsse gestärkt und gefördert werden, um Produzenten mehr Gewicht und Macht am Markt zu ermöglichen. Hier sind die Kommissionsvorschläge zur Regelung des Milchmarkts bisher völlig unzureichend. Das 2011 für die Kommission erarbeitete Diskussionspapier des Instituts für Europäische Umweltpolitik (IEEP) „Entwicklung eines regionalen Ansatzes für die Gemeinsame Agrarpolitik“ hebt es nochmals hervor: Ein regionaler Ansatz wird als der am besten geeignete beschrieben, um den aktuellen sozialen und globalen Herausforderungen zu begegnen. Hierbei wird die Notwendigkeit der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) besonders betont.

## **Standards mit „added Value“ statt Industriestandards**

Wenn wir ein Ernährungssystem der qualitativen und umweltfreundlichen Produktion für lokale Märkte und mit Wertschöpfung vor Ort wollen, dann müssen wir unsere Standards anders ausrichten als bisher. Neben Produktionsstandards, die Ressourcenerhalt ermöglichen, sollten Qualitätsstandards, Hygienevorschriften und Herkunftskennzeichnungen auf EU-Ebene im Sinne kleiner und mittlerer Unternehmen (einschließlich kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe) vereinfacht und angepasst werden. Was wir in Europa brauchen und was auch die Mehrheit der Verbraucher will, ist eine nachhaltige Landwirtschaft, die sich auf ihre eigenen Stärken und zu großen Teilen auch auf die eigenen lokalen Märkte besinnt. Ein solches Ernährungssystem nützt der Ernährungssicherung weltweit deutlich mehr als das aktuelle Modell. Es darf nicht durch Exportambitionen einer multinationalen Lebensmittelindustrie und durch ein Welthandelssystem konterkariert werden, das Nachhaltigkeitskriterien bisher völlig außen vor lässt. Die EU muss sich dafür einsetzen, ökologische und soziale Standards beim internationalen Handel zu berücksichtigen und in die WTO-Verhandlungen aufzunehmen. Für Grundnahrungsmittel müssen Schutzzölle und Mengenbegrenzungen möglich sein. Schutzklauseln müssen in gleichem Maße den Entwicklungsländern zugutekommen,

**„ Wir müssen unsere Standards anders ausrichten als bisher. Neben Produktionsstandards, die Ressourcenerhalt ermöglichen, sollten Qualitätsstandards, Hygienevorschriften und Herkunftskennzeichnungen auf EU-Ebene im Sinne kleiner und mittlerer Unternehmen (einschließlich kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe) vereinfacht und angepasst werden. Ein solches Ernährungssystem nützt der Ernährungssicherung weltweit deutlich mehr als das aktuelle Modell. “**

wie der EU. Wir brauchen eine faire Außenhandels- und Kooperationspolitik, die es Europa genauso wie den Entwicklungsländern ermöglicht, die Versorgung ihrer Bevölkerung sicherzustellen und ihre Märkte und Ökosysteme zu schützen. Durch die Definition des „Recht auf Nahrung“ ist eine Entwicklung in diese Richtung durchaus auch gegenüber der Handelsorganisation der Vereinten Nationen WTO legitimiert. In diesem Zusammenhang betrachtet, ist eine weitere Liberalisierung der Agrarmärkte, sowohl für die Entwicklungsländer als auch für Europa, kontraproduktiv. Es muss daher insbesondere für das aktuell diskutierte Assoziationsabkommen EU-MERCOSUR eine detaillierte Folgenabschät-

zung vorgelegt werden, die nicht nur wirtschaftliche Aspekte umfasst, sondern auch soziale und ökologische.

## **Europa muss sich entscheiden**

Europa steht vor der Frage: Entscheiden wir uns für ein industrielles Ernährungssystem, das auf den Export ausgerichtet ist, sich am Weltmarkt orientiert und dessen Befürworter immer wieder betonen, nur so könne man die Welt ernähren, obwohl letztlich nur der Handel und ein paar wenige Industrien profitieren? Oder entscheiden wir uns für ein System der qualitativen und umweltfreundlichen Produktion, für lokale Märkte und Wertschöpfung vor Ort?

Das Ringen um die Neuausrichtung der GAP findet nach dem Vertrag von Lissabon zum ersten Mal unter voller Mitsprache des Parlaments statt. Und die Debatten im Agrarausschuss des Europäischen Parlaments zeigen immer wieder diese beiden Linien der Argumentation. Die Kommission selbst hat diese beiden Paradigmen in dem 2011 veröffentlichten Bericht *„Nachhaltiger Nahrungsmittelkonsum und Nachhaltige Produktion in einer Welt begrenzter Ressourcen“* treffend und ausführlich beschrieben. Eine Expertengruppe des Ständigen Ausschusses für Agrarforschung hat ihn erarbeitet. Aber der Bericht stellt nicht nur die beiden Paradigmen einander gegenüber, er kommt auch zu dem Schluss:

**„Effizienz und Genügsamkeit sollten die Prinzipien zukünftiger Ernährungssysteme sein, da viele aktuelle Ernährungssysteme die zugrundeliegenden Ressourcen derart überlasten, dass sie in Zukunft keine Nahrungsmittel mehr produzieren können.“**

## **Zur Eiweißlücke siehe auch:**

BESTE, A., BOEDDINGHAUS, R. (2011): Artenvielfalt statt Sojawahn. Wie lässt sich das seit langem bestehende Problem lösen? Im Auftrag von Martin Häusling, Mitglied des Europäischen Parlaments. Wiesbaden

### Martin Häusling



*Martin Häusling (50 Jahre) ist gelernter Agrartechniker und bewirtschaftet seinen landwirtschaftlichen Betrieb Kellerwaldhof im Bad Zwesten-Oberurff seit 1988*

*nach Bioland-Richtlinien. Seit 1995 läuft auf dem Hof eine Biogasanlage und seit 1999 wird die Milch in der eigenen Hofkäserei verarbeitet.*

*Häusling ist seit der Gründung der GRÜNEN in Hessen (1979) Parteimitglied und seit 1981 Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN in der Gemeindevertretung Bad Zwesten. Seit 2007 vertritt er die GRÜNEN auch im Kreistag des Schwalm-Eder-*

*Kreis. Von 2003-2008 war er Mitglied des Hessischen Landtages und fachpolitischer Sprecher für Landwirtschaft, Forsten, Jagd, Europa, Verbraucherschutz. Mit der Neuwahl in Hessen im Januar 2009 zog er wieder in den Hessischen Landtag ein und wurde erneut fachpolitischer Sprecher für ländlichen Raum und Gentechnik. Bei der Europawahl im Juni 2009 ist Martin Häusling über die Bundesliste der GRÜNEN in das Europäische Parlament gewählt worden und hat sein Landtagsmandat niedergelegt. Seit Juli 2009 ist er Mitglied des Europäischen Parlaments für die Fraktion der Grünen/ Europäische Freie Allianz. Dort ist er Mitglied und Koordinator des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie Mitglied des Haushaltskontrollausschusses.*